



## Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

### ► Regierungsratsbeschluss vom 28. Mai 2013

P130304

Volksinitiative "Für eine öffentliche Krankenkasse" und indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung; KVG); Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

---

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Gesundheit.

#### **Begründung**

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt nimmt im Rahmen einer Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates zur eidgenössischen Volksinitiative "Für eine öffentliche Krankenkasse" positive Stellung. Der Regierungsrat begrüsst die Zielsetzung der Vorlage, bestehende Fehlanreize im heutigen wettbewerbsorientierten System in der sozialen Krankenversicherung, insbesondere die Risikoselektion, zu beheben und damit die Solidarität aller Versicherten sowie die Stabilität des Versicherungssystems zu stärken. Diese Massnahmen des Gegenvorschlags würdigt der Regierungsrat als konsequente Verbesserungen des heutigen Systems. Der Regierungsrat begrüsst die Einführung einer neuen Rückversicherung für sehr hohe Kosten in der Variante mit dem höheren Schwellenwert, stimmt der weiteren Verfeinerung des Risikoausgleichs zu und hat lediglich beim letzten Punkt des Gegenvorschlags, der Trennung von Grund- und Zusatzversicherung in Gruppen-gesellschaften, einen gewissen Vorbehalt bezüglich der Auswirkungen auf die Kundenfreundlichkeit.



Begründi